

XXIV. GP.-NR

5117 /J

22. April 2010

ANFRAGE

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Brosz, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Gesundheit

betreffend fragwürdige Umfrage zum Rauchverbot in Lokalen

Sie haben am 8. April gemeinsam mit Frau Dr. Palme, der Geschäftsführerin von IFES im Rahmen einer Pressekonferenz unter dem irreführenden Titel „Evaluierung des Tabakgesetzes“ die Ergebnisse einer Umfrage präsentiert. Die Unterlage zur Pressekonferenz ist auch über die Homepage des Ministeriums abrufbar. ExpertInnen haben die Ergebnisse der Umfrage in Zweifel gezogen, da sie von jenen anderer Umfragen, die eine Mehrheit für ein generelles Rauchverbot in Lokalen zeigen, deutlich abweichen.

Es ist in der schriftlichen Darstellung nicht ersichtlich, ob alle gestellten Fragen auch veröffentlicht wurden. Es ist auch nicht ersichtlich, ob einleitende, beeinflussende Erklärungen Teil der Umfrage waren. Schlechte Erfahrungen mit anderen, von Mitgliedern der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Umfragen, machen ein genaues Nachfragen erforderlich, insbesondere dann, wenn Institute beauftragt werden, die auch Befragungen für jene Parteien durchführen, denen die MinisterInnen angehören und somit ein Naheverhältnis aufweisen.

Um ein Beispiel zu nennen. Der ehemalige Wissenschaftsminister Hahn hat zur Akzeptanz der Studiengebühren eine Umfrage bei Fessel GfK in Auftrag gegeben und ausschließlich das Ergebnis auf die Frage nach der Abschaffung oder der Beibehaltung der Studiengebühren veröffentlicht. Unsere Recherchen und parlamentarischen Anfragen haben eine hochgradig manipulative Vorgangsweise aufgedeckt. Die Frage wurde nämlich äußerst tendenziös eingeleitet:

„Die Studienbeiträge von 363,- Euro pro Semester haben die Durchschnittsdauer um 1 Jahr verkürzt. Daher gibt es kaum noch Studierende die keine Prüfung ablegen. Rund jeder 3. Studierende an Fachhochschulen und jeder 5. Studierende an Universitäten bekommt durch eine Studienförderung die Studienbeiträge ersetzt. Was meinen Sie: Sollen die Studienbeiträge abgeschafft werden und der Steuerzahler für den Einnahmefall (150 Mio. Euro pro Jahr) aufkommen, oder sollen die Studienbeiträge erhalten bleiben, da sie ein moderater Beitrag zu den Kosten eines Studiums sind?“

- die Studienbeiträge sollen abgeschafft werden
- die Studienbeiträge sollen erhalten bleiben

Bei dieser Fragestellung konnte nur ein „Ja“ zu Studiengebühren herauskommen.

Die Ergebnisse Ihrer Umfrage sind insofern bemerkenswert, als die Grünen im Februar und März in der Steiermark eine große repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben haben und dabei eine konkrete Frage zum Rauchverbot gestellt haben: „Ich bin für ein generelles Rauchverbot in Lokalen“. Von den gewichtet 1924 Befragten meinten 49 % der Befragten, diese Aussage träfe vollkommen zu, 9 % meinten eher, für 12 % traf sie eher nicht zu und 29 % meinten, sie träfe überhaupt nicht zu. 2 % machten keine Angabe. Auch diese Umfrage zeigt eine deutliche Mehrheit für ein generelles Rauchverbot in Lokalen. Wie es der seriöse Umgang mit Umfragen gebietet, fügen wir den entsprechenden Auszug aus dem Tabellenband der Befragung an.

Am Freitag, 16. April, wurde darüber hinaus bekannt, dass IFES im November 2009 eine weitere Umfrage zum Thema Rauchverbot (Auftraggeber VIVID, Fachstelle für Suchtprävention in der Steiermark) durchgeführt hat. Die Ergebnisse dieser Umfrage entsprachen im Wesentlichen allen anderen bekannten Umfrageresultaten in dieser Frage – Demnach sprachen sich 73 Prozent für ein generelles Rauchverbot in Restaurants aus.

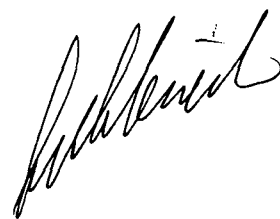
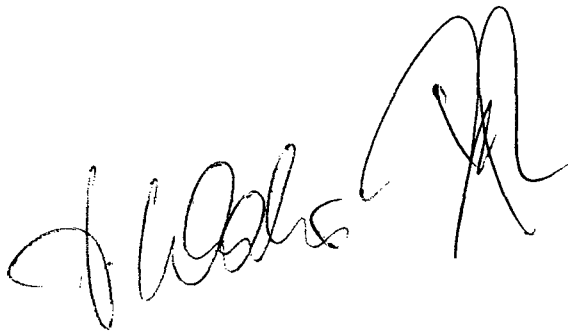
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wurde die Vergabe der Umfrage ausgeschrieben?
2. Wenn ja, welche anderen Institute haben sich beworben?
 - a) Wenn ja, legte IFES das preisgünstigste Angebot?
 - b) Wenn nein, warum wurde IFES ausgewählt?
3. Wenn die Umfrage nicht ausgeschrieben wurde, warum nicht?
4. Wäre eine Ausschreibung auf Grund der Vergaberichtlinien erforderlich gewesen?
5. Haben Sie seit Ihrem Amtsantritt IFES mit anderen Umfragen beauftragt?
6. Wenn ja, mit welchen und zu welchen Kosten?
7. Wie hoch waren die Kosten der Umfrage zum Rauchverbot?
8. Wieso haben Sie sich gegenüber den Medien geweigert, die Kosten der Umfrage zu nennen?
9. Wie lauteten die genauen Fragestellungen der Umfrage inklusive der Einleitungen (der Einfachheit halber ersuchen wir um Beifügung des Originalfragebogens)?
10. Wie lauteten die konkreten Ergebnisse zu den einzelnen Fragen? Bitte um vollständige Auflistungen der abgefragten Antwortalternativen.
11. Welche breaks (Aufschlüsselungen) wurden erstellt?

12. Haben Sie auch nach den Parteipräferenzen der TeilnehmerInnen gefragt?
13. Wenn ja, warum?
14. Wenn ja, warum wurden diese Daten nicht veröffentlicht?
15. Sind Sie bereit, den Tabellenband der Umfrage für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und auf Ihre Homepage zu stellen?
16. Wenn nein, warum nicht?
17. Sind Sie bereit, den im Parlament vertretenen Parteien den Tabellenband zur Verfügung zu stellen?
18. Wenn nein, warum nicht?
19. Wieso haben Sie in der von Ihnen beauftragten Umfrage darauf verzichtet, die schlichte Frage nach einem generellen Rauchverbot in Lokalen zu stellen?
20. Haben Sie die Frage gestellt, ob es ein generelles Rauchverbot zum Schutz der ArbeitnehmerInnen in der Gastronomie geben sollte?
21. Wenn nein, warum nicht?
22. Haben Sie die Frage gestellt, ob es ein generelles Rauchverbot zum Schutz schwangerer ArbeitnehmerInnen in der Gastronomie geben sollte?
23. Wenn nein, warum nicht?
24. Haben Sie die Frage gestellt, ob die gesetzliche Regelung, wonach kleine Lokale bis 50 Quadratmeter ausschließlich als Raucherlokale geführt werden dürften gut heißen wird?
25. Wenn nein, warum nicht?
26. Haben Sie die Frage gestellt, ob es akzeptabel ist, wenn Personen bei Lokalen mit einer Fläche unter 50 Quadratmetern nur die Möglichkeit hätten Raucherlokale zu besuchen oder auf einen Lokalbesuch zu verzichten?
27. Wenn nein, warum nicht?
28. Haben Sie die Frage gestellt, ob die gesetzlichen Bestimmungen zum NichtraucherInnenschutz eingehalten werden?
29. Wenn nein, warum nicht?
30. Haben Sie die in der Gastronomie Beschäftigten gefragt, wie Sie zu einem Rauchverbot stehen würden, wenn das für alle Lokale gelten würde und somit nicht mehr auf andere Lokale ausgewichen werden kann?
31. Wenn nein, warum nicht?
32. Haben Sie die Wirte gefragt, ob angesichts der zu erwartenden EU-rechtlichen Verpflichtung zu einem allgemeinen Rauchverbot eine sofortige Umsetzung in Österreich sinnvoll wäre?
33. Wenn nein, warum nicht?

34. Haben Sie die Umfrage mit den konkreten Fragestellungen inklusive der Einleitungen zu den Fragen in Auftrag gegeben?
35. Wie beurteilen Sie die Glaubwürdigkeit Ihrer Befragung in Hinsicht auf die im Auftrag von VIVID durchgeführte Umfrage?
36. Stellen Sie angesichts von Befragungen wie jener der Grünen und VIVID tatsächlich weiterhin in Abrede, dass die Mehrheit der Bevölkerung für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie ist?



Frage 19_4 (Gesamt – 1/2)

Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zur nächsten Landtagswahl vor: Treffen diese vollkommen, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zu?

Ich bin für ein generelles Rauchverbot in Lokalen

		(n)	trifft vollkommen zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu	weiß nicht, keine Angabe
GESAMT		1924	49%	9%	12%	29%	2%
Geschlecht	weiblich	1012	51%	9%	12%	26%	2%
	männlich	912	46%	9%	12%	32%	1%
Alter	bis 27 Jahre	350	37%	9%	13%	39%	1%
	28 bis 40 Jahre	447	47%	9%	12%	31%	1%
	41 bis 55 Jahre	486	46%	8%	14%	32%	1%
	56 bis 65 Jahre	231	53%	8%	10%	26%	3%
	älter als 66 Jahre	409	61%	11%	8%	17%	3%
Alter x Geschlecht	Frauen bis 39	358	46%	9%	12%	32%	1%
	Frauen ab 40	654	53%	9%	11%	23%	3%
	Männer bis 39	375	39%	8%	14%	37%	2%
	Männer ab 40	535	51%	9%	11%	28%	1%
Bildung	(keine) Pflichtschule	586	49%	13%	8%	27%	3%
	Lehre, Berufsschule	712	44%	5%	13%	36%	2%
	BMS	237	49%	8%	16%	26%	0%
	AHS, BHS Matura	213	57%	6%	13%	24%	1%
	Kollege, Fach-/Hochschule	171	60%	14%	10%	16%	0%